

FREIBERUFLER-TICKER vom 14. Juni 2019

1. EU-Digitalpolitik nach 2020

Der Rat der Europäischen Union nahm Ende vergangener Woche [Schlussfolgerungen](#) zur Zukunft eines hoch digitalisierten Europas nach 2020 an. Darin werden die wichtigsten Prioritäten und Herausforderungen für ein starkes, wettbewerbsfähiges, innovatives und hoch digitalisiertes Europa herausgestellt. Es wird darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, Innovationen zu unterstützen und die europäischen digitalen Schlüsseltechnologien zu fördern, bei der Künstlichen Intelligenz ethische Grundsätze und Werte zu achten, die Cybersicherheitskapazitäten Europas zu stärken, Nutzer-Kompetenzen zu verbessern und die Gigabit-Gesellschaft einschließlich 5G voranzutreiben. Auch wird die Notwendigkeit betont, die Zahl der Frauen in diesem Sektor zu erhöhen und allen schutzbedürftigen Gruppen die Möglichkeit zu geben, die Vorteile der Digitalisierung zu nutzen.

2. G20 Handels- und Digitalministertreffen

Laut einer [Pressemeldung](#) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom 10. Juni 2019 zum G20 Handels- und Digitalministertreffen vergangene Woche in Tsukuba, Japan, lag der politische Schwerpunkt der Diskussionen auf den Themen internationale Zusammenarbeit bei der Gestaltung des digitalen Ordnungsrahmens, aktuellen Handelsspannungen, der Zukunft des multilateralen Handelssystems sowie der Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen. In einer gemeinsamen Erklärung unterstrichen die Digitalminister die Bedeutung grenzüberschreitender Datenflüsse und bekannten sich zu neuen Technologien, wie zum Beispiel zur Entwicklung von Künstlicher Intelligenz (KI). Wichtig wäre in diesem Zusammenhang die Gewährleistung eines hohen Datenschutzniveaus sowie Prinzipien der KI, auf die sich die Minister einvernehmlich verständigten.

3. BIBB-Befragung zu Digitalisierungsgrad der Unternehmen und dessen Auswirkungen

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) vom 13. Juni 2019 führt die fortschreitende Digitalisierung zu grundlegenden Veränderungen in der Arbeitswelt. Dies ist ein zentrales Ergebnis einer BIBB-Betriebsbefragung aus dem Jahr 2018 im Rahmen des Betriebspanels zu Qualifizierung und Kompetenzentwicklung. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass je höher der Digitalisierungsgrad eines Unternehmens ist, desto eher nehmen Beschäftigte an Weiterbildungen teil. Im Ergebnis liegt bei Unternehmen mit hohem Digitalisierungsgrad die Weiterbildungsquote der Beschäftigten bei 92 Prozent, bei denen mit einem geringen Digitalisierungsgrad dagegen nur bei 58 Prozent. Eine weitere Erkenntnis der Befragung: Unternehmen, die ausbilden, haben – unabhängig von der Betriebsgröße – im Durchschnitt einen höheren Digitalisierungsindex als Betriebe, die dies nicht tun. Schließlich wurde befunden, dass mit steigendem Digitalisierungsgrad die flexiblen Arbeitsformen zunehmen. So wird beispielsweise Arbeiten im Homeoffice in Unternehmen mit hohem Digitalisierungsgrad mehr als doppelt so häufig (39 Prozent) genutzt wie in Betrieben mit niedrigem Digitalisierungsgrad (18 Prozent).

4. Mobiles Arbeiten

Ein regelmäßiges Homeoffice von mindestens einem Tag in der Woche ermöglichen 16 Prozent der privatwirtschaftlichen Betriebe mit mindestens 50 Mitarbeitern. Das geht aus einer [Studie](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und des ZEW – Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung hervor, die am 11. Juni 2019 veröffentlicht wurde. Ganze

Homeoffice-Tage sind vergleichsweise selten. 63 Prozent derjenigen, die dies nutzen, arbeiten ausschließlich stundenweise von zu Hause. Das IAB bietet zu diesem Themenkomplex zudem eine [Informationsplattform](#) an.

5. **Nationale Weiterbildungsstrategie beschlossen**

Laut einer Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wurde am 12. Juni 2019 die [nationale Weiterbildungsstrategie](#) beschlossen. Sie wurde gemeinsam von Bund, Ländern, den Sozialpartnern und der Bundesagentur für Arbeit erarbeitet. Mit der Nationalen Weiterbildungsstrategie werden zehn Handlungsziele definiert, wie beispielsweise die Unterstützung der Transparenz von Weiterbildungsmöglichkeiten und -angeboten, die Schließung der Förderlücken und die Stärkung der Qualifizierungsberatung für kleine und mittlere Unternehmen. Die Nationale Weiterbildungsstrategie ist ein zentrales Vorhaben der Koalition und ein inhaltlicher Schwerpunkt der Fachkräftestrategie der Bundesregierung. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und vom BMBF beauftragt, den Umsetzungsprozess der Strategie mit einem Länderbericht zur beruflichen Weiterbildung in Deutschland fachlich zu begleiten. Im Jahr 2021 wird ein gemeinsamer Bericht vorgelegt werden, mit dem der Umsetzungsstand und die Handlungsziele der Nationalen Weiterbildungsstrategie überprüft und weiterentwickelt werden sollen.

6. **BAföG-Novellierung beschlossen**

Der Bundesrat beschloss in seiner Sitzung Ende vergangener Woche das 26. Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) ([BR-216/19](#)). Die Reform umfasst eine Steigerung der Bedarfssätze um insgesamt sieben Prozent: fünf Prozent in 2019 und nochmals zwei Prozent in 2020. Somit wird der Förderungshöchstsatz von derzeit 735 Euro monatlich auf 861 Euro in 2020 angehoben. Der im Höchstbetrag enthaltene Wohnzuschlag für Studenten, die nicht mehr bei den Eltern leben, steigt von 250 auf 325 Euro. Erhöht werden auch die Freibeträge für das Einkommen der Eltern, die für den BAföG-Bezug ausschlaggebend sind. In ihrer begleitenden EntschlieÙung sprachen die Länder weitere Punkte an. So soll der Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert werden. Teilzeitstudierende oder Teilnehmer von schulischen Teilzeitausbildungen und alle, die an einem Orientierungsstudium teilnehmen, sollen vom BAföG profitieren können. Darüber hinaus sollen die BAföG-Förderätze automatisch an die Preis- und Einkommensentwicklung angepasst werden.

7. **Hochschulranking: Spitzenwerte für acht deutsche Institutionen**

Im aktuellen [U-Multirank-Hochschulranking](#) erreichen acht [deutsche Institutionen](#) Spitzenwerte: die Jacobs University in Bremen, die WHU - Otto Beisheim School of Management in Vallendar, das Karlsruher Institut für Technologie, die Technische Universität München, die Frankfurt School of Finance & Management, die Technische Universität Hamburg, die Universität Stuttgart und die Humboldt-Universität zu Berlin. Zu den europäischen Spitzenreitern der diesjährigen Ausgabe zählen die EDHEC Business School in Frankreich, die Chalmers University of Technology in Schweden und die University of Groningen in den Niederlanden. U-Multirank vergleicht die Leistungen von mehr als 1.700 Universitäten aus 96 Ländern in den Bereichen Lehre und Lernen, Forschung, Wissenstransfer, internationale Ausrichtung und regionales Engagement. Initiiert von der Europäischen Kommission und kofinanziert durch das Erasmus+-Programm ist es das größte und umfassendste Ranking, das die Vielfalt der Hochschulbildung auf der ganzen Welt zeigt. U-Multirank ist das erste globale multidimensionale Ranking, das es den Nutzern ermöglicht, ihr eigenes personalisiertes Ranking zu erstellen, indem sie Leistungsindikatoren für Lehren und Lernen, internationale Ausrichtung, Wissenstransfer, regionales Engagement und Forschung auswählen.

8. Entwicklung der Unternehmensnachfolgen

Zwischen 2018 und 2022 stehen in etwa 150.000 Unternehmen Unternehmensnachfolgen an. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung ([19/10453](#)) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion ([10/9879](#)) hervor, über die der Deutsche Bundestag am 11. Juni 2019 informierte. Durchschnittlich bereiteten in diesem Zeitraum pro 1.000 Unternehmen 43 Unternehmen eine Übergabe vor, in Ostdeutschland sind es etwa 40. Diese Informationen basieren auf einer Analyse des Instituts für Mittelstandsforschung in Bonn. Darüber hinaus wurden verschiedene Unterstützungsinstrumente aufgelistet, wie beispielsweise die Nachfolge-Initiative www.nexxt-change.org oder die Gründungsinitiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie www.existenzgruender.de.

9. Bundesregierung teilt Bedenken gegen Erbschaftsteuerreform nicht

Die teilweise formulierten verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Erbschaftsteuerreform werden von der Bundesregierung nicht geteilt. Dies schrieb diese in ihrer Antwort ([19/10526](#)) auf eine Kleine Anfrage, über die der Deutsche Bundestag am 11. Juni 2019 informierte. Mit den neuen Regelungen zur Verschonung betrieblichen Vermögens hat der Gesetzgeber nach Ansicht der Bundesregierung die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erfüllt.

10. Einwohnerzahlen in Ost und West driften weiter auseinander

Die Einwohnerzahl fiel in Ostdeutschland auf den Stand des Jahres 1905 zurück, meldete das ifo Institut in einer [Pressemitteilung](#) vom 12. Juni 2019. Auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik hingegen leben heute so viele Einwohner wie niemals zuvor. Die in einer wirtschaftshistorischen Studie ermittelten Zahlen belegen, dass nach einer nahezu identischen Bevölkerungsentwicklung das Auseinanderdriften 1949 begann. Als Gründe hierfür benennen die Forscher den Wegzug gut qualifizierter Menschen bis zum Mauerbau 1961 sowie deren massenhafte Abwanderung nach dem Mauerfall 1989. Von 1989 bis 2017 verdoppelte sich die sogenannte „Teilungslücke“.